

1650/J

der Abgeordneten Mag. Maier
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Überwachung des Fernmeldeverkehrs

Es liegt die EntschlieÙung des Rates über die rechtmäßige Überwachung des Fernmeldeverkehrs (96/C 329/01) vor. Der Rat der Europäischen Union hat, gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel K.1 Nummer 9 und Artikel K.2 Abs. 2 diese EntschlieÙung angenommen. In Anbetracht der weiteren Liberalisierung des Telekommunikationssektors gewinnt diese EntschlieÙung mehr an Bedeutung.

Dabei wurde auch zur Kenntnis genommen, daß die im Anhang angeführten "Anforderungen" der Mitgliedstaaten, die ihnen die Überwachung der rechtmäßigen Durchführung des Fernmeldeverkehrs ermöglichen sollen, eine wichtige Zusammenfassung der Anwendungsbedürfnisse der zuständigen Behörden für die technische Realisierung der rechtmäßigen Überwachungsmaßnahmen in modernen Telekommunikationssystemen darstellen.

Der Rat ist aber auch der Auffassung, daß diese "Anforderungen" bei der Definition und Durchführung von Maßnahmen, die Auswirkungen auf die rechtmäßige Überwachung des Fernmeldeverkehrs haben können, berücksichtigt werden sollten. Daher werden die Mitgliedstaaten auch ersucht, die für das Telekommunikationswesen verantwortlichen Minister aufzufordern, diese Auffassung zu unterstützen, um mit den für Justiz und Inneres verantwortlichen Ministern mit dem Ziel einer Umsetzung der Anforderungen gegenüber den Netzbetreibern/Dienste-Anbietern zusammenzuarbeiten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Entsprechen diese "Anforderungen" der österreichischen Rechtslage?
2. Wenn nein, in welchen Rechtsmaterien (z.B. StPO, DSG) nicht?
3. Werden Sie daher Maßnahmen im legislativen Bereich vorschlagen, um eine Ausglei chung der österreichischen Rechtslage an diese "Anforderungen" zu erreichen?
4. Wenn ja, welche Maßnahmen und wann sollen sie realisiert werden?
5. Unterstützen Sie diese Anforderungen und werden Sie mit den für Wissenschaft, Verkehr und Kunst und Justiz verantwortlichen Ministern mit dem Ziel einer Umsetzung der "Anforderungen" gegenüber den Netzbetreibern/Dienste-Anbietern zusammenarbeiten?
6. Wenn ja, sind diesbezügliche Maßnahmen bereits gesetzt worden?